



Sportmoderatorin Ulrike von der Groeben schätzt die Natur-Oase Junkersdorf Seite 32

Viele Besucher beim Sommerfest des Reittherapie-Zentrums Seite 30



# Köln RODENKIRCHEN, INNENSTADT

## Ein Masterplan für den Kölner Süden

**INTERESSENGEMEINSCHAFT** Mitglieder fordern einen Schulterschluss für ihren Stadtteil

VON MARTIN BOLDT

**Marienburg.** Das historische Gebäudeensemble von Marienburg soll erhalten und in Zukunft gegen größere bauliche Eingriffe geschützt werden. Das fordert die Interessengemeinschaft (IG) des Viertels, die sich im vergangenen Jahr gegründet hat. Nachdem der Vorstand sein Manifest im August 2012 Oberbürgermeister Jürgen Roters übergeben hat, möchte die IG nun auch die Einwohner des Stadtteils für ihre Vorhaben mobilisieren. Eine mehrstündige Informationsveranstaltung fand jetzt im Saal der Evangelischen Gemeinde in der Mehlemer Straße statt.

„Das Ende des 19. Jahrhunderts gegründete Villenviertel wollte das Landleben nach englischem Vorbild mit dem Komfort einer Großstadt verbinden. Es kommt daher auf die Qualität künftiger Planungen an, um das Gesamtgebiet in seiner jetzigen einmaligen Form zu erhalten“, beschrieb Architekt Kaspar Kraemer das Kernanliegen des Vereins. Als mahnendes Beispiel, wie wenig durchdachte Eingriffe in Marienburg enden können, nannte er das Wenderondell der ehemaligen Linie 6, das die Raumordnung an dieser Stelle nachhaltig störe.

Um einiges konkreter sind die Ängste der Marienburger bezüglich der Verkehrsentwicklung in und um ihren Stadtteil (siehe nebenstehender Artikel). Peter Wolff-Diepenbrock, Verkehrsexperte der IG, erläuterte, warum ihm auch die geplanten Umgestaltungen im Bereich der Bonner Straße und Rheinuferstraße im Rahmen der Nord-Süd-Bahn Bauchschmerzen bereiten. Komme es tatsächlich zu einer oberirdischen Querung der Rheinuferstraße, rechne er bei einer Zehn-Minuten-Taktung der Bahnen mit einer täglichen Staulänge von mehr als einem Kilometer in den Morgen- und Abendstunden.

„Bei einem Fünf-Minuten-Takt würde der Verkehr wohl zusammenbrechen“, so Wolff-Diepenbrock. An einer Untertunnelung, so schwierig ihre derzeitige Finanzierung auch sei, müsse deshalb unbedingt festgehalten werden. Auch die beschlossene Reduzierung der Fahrspuren auf der Bon-

ner Straße hält er für unverantwortlich. Aus seiner Sicht macht all dies einen eigenen Masterplan für den Kölner Süden erforderlich.

Dass eine totale Abschottung schwierig und Marienburg nicht unabhängig vom restlichen Süden betrachtet werden könne, für dieses Verständnis warb Philipp Haaser. Der Autor des „Kölner Stadt-Anzeiger“ war eingeladen worden, um über laufende und anstehende Bauprojekte zu referieren. Da Köln im Vergleich zu München oder Hamburg nur mäßig dicht besiedelt sei, lägen neben der Außenentwicklung – wie etwa die neuen Siedlungen in Widdersdorf oder auf dem Sürther Feld – vor allem Projekte zur inneren Verdichtung des Stadtgebietes nahe. Bezahlbare Wohnungen fehlten, Vorhaben wie die Umwidmung des BDI-Büro-Hochhauses und des Palais Oppenheim in Wohnraum seien daher

„Es kommt auf die Qualität künftiger Planungen an, um das Gesamtgebiet in seiner einmaligen Form zu erhalten

Kaspar Kraemer

eine logische Konsequenz. Haaser empfahl, noch stärker als bisher herauszustellen, was genau das Schützenswerte sei und welchen Nutzen alle Kölner davon hätten. „Je mehr Sie sich in der Öffentlichkeit präsentieren, umso besser werden Sie als Akteur wahrgenommen“, sagte er mit Verweis auf ähnliche Prozesse.

Lernen will die IG Marienburg bei ihrem künftigen Vorgehen von anderen Kölner Interessengruppen. Das versprach Vorstandsglied Wolfram Nolte. Bürger in Junkersdorf hätten eindrucksvoll demonstriert, wie man ein Hochhaus verhindere, die Südstädter, wie man eine U-Bahn erkämpfe, die Ehrenfelder, wie wichtig ihnen das Heliosgelände sei. Mit einem Schulterschluss aller Marienburger seien solche Leistungen auch in ihrem Viertel möglich, so Nolte.

Die 50 neuen Mitgliedsanträge nach dem Informationstreffen können in diesem Zusammenhang sicher als ein gutes Zeichen gewertet werden.



Wolfram Nolte (v.l.), Damian Franzen, Sandra von Möller, Ulrich Schaphaus und Peter Wolff-Diepenbrock von der IG Marienburg BILD: MBO



Um Staus auf dem Bayenthalgürtel, der Bonner Straße, der Rheinuferstraße oder dem Militärring zu umfahren, schlagen immer mehr Autofahrer den Weg durch Wohngebiete ein.

## Kampf dem Schleichverkehr

**WOHNGBIETE** Marienburg und Bayenthal wachsen – Bürger und Politiker drängen auf Lösungen

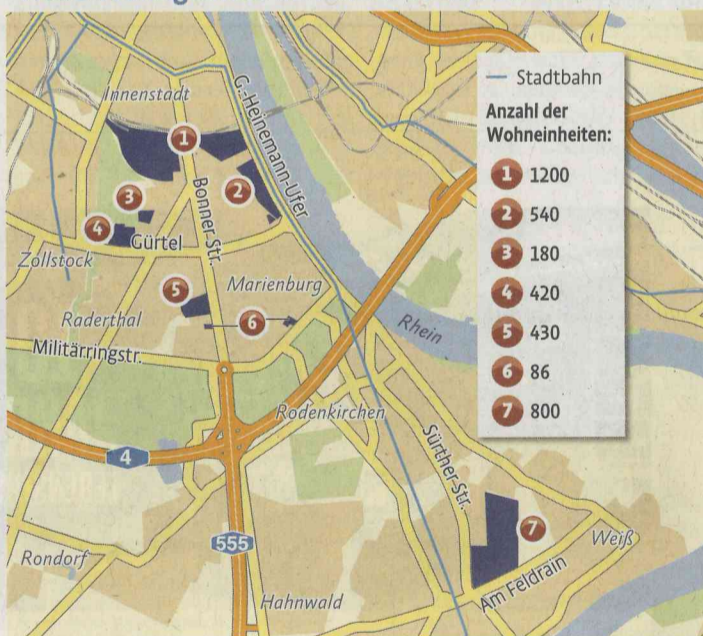
VON PHILIPP HAASER

**Bayenthal/Marienburg.** Vielleicht liegt es an der massenhaften Verbreitung von Navigationsgeräten, vielleicht an den Baustellen auf der Rheinuferstraße. Vielleicht sind einfach auch zu viele Autos auf den Straßen im Kölner Süden unterwegs. Fest steht: Seit Jahren klagen die Bürger in den Wohngebieten von Bayenthal und Marienburg über zunehmenden Schleichverkehr durch ihre Straßen. Angesichts des bevorstehenden Umbaus der Bonner Straße sowie der geplanten Kreuzung von Rheinuferstraße und Linie 17 an der Südbrücke wird sich die Situation in ihrer Umgebung in den nächsten Jahren wohl kaum entspannen.

Bayenthal und Marienburg werden außerdem durch die bereits jetzt absehbaren Neubauten in den kommenden Jahren mindestens 20 Prozent mehr Einwohner verzeichnen als heute. Auch in den angrenzenden Vierteln wird vielerorts gebaut. Die Bezirksvertretung Rodenkirchen unternimmt deshalb einen erneuten Anlauf, die Verwaltung zur Erstellung eines aktualisierten Verkehrskonzeptes zu bewegen.

Auf die Forderung nach einer Überarbeitung der Pläne von 2006 für die beiden Stadtteile habe die Stadtverwaltung bislang nicht angemessen reagiert, finden viele im Bezirk – obwohl Bürgervereine und Politiker vor zwei Jahren bereits einen entsprechenden Vorschlag erarbeitet und an die Verwaltung übergeben haben. „Seitdem ist nichts passiert“, sagt Hartmut Hammer vom Bürgerverein Bayenthal-Marienburg. Er kämpft seit Jahren für eine Lösung, durchforstet Gutachten der Stadt, stellt mit seinen Vereinskollegen eigene Zählungen an, übergibt die Ergeb-

### Neue Wohngebiete im Kölner Süden bis 2015



nisse der Verwaltung und bringt das Anliegen immer wieder auf öffentlichen Veranstaltungen zur Sprache.

„Wir wollen diesen Verkehr nicht mehr in unserem Viertel. Das passt nicht zu einem Wohngebiet“, sagt er und kann eine gewisse Ungeduld kaum mehr verbergen. Der

**Wir wollen diesen Verkehr nicht mehr in unserem Viertel**

Hartmut Hammer

Verkehr solle endlich wirksam um die Wohnstraßen herumgeführt werden. An Ideen mangelt es den Bürgern nicht. Abbiegeverbote, ein Verbot des Geradeausfahrens, das Durchfahren mit Ampelschaltungen erschweren – Hammer ist überzeugt, dass es Mittel und Wege gibt, den Verkehr zu reduzieren. Ihm geht es dabei nicht nur um sei-

ne unmittelbaren Nachbarn. Immer wieder mahnt er ähnlich wie die Anwohner in der Nähe des Bonner Verteilers oder in Marienburg ein Gesamtkonzept für den Kölner Süden an. Auch über die Verlängerung der Nord-Süd-Bahn bis Rondorf und Meschenich, einen breiteren Ausbau der Bonner Straße und der Rheinuferstraße und das Radwegenetz wird im Kölner Süden heftig diskutiert.

Im Herbst vergangenen Jahres nahm das Amt für Straßen und Verkehrstechnik neue Zählungen an den Ein- und Ausfahrten von Bayenthal und Marienburg vor. „Das sind sehr umfangreiche Daten“, sagt Angela Stolte-Neumann, die zuständige Abteilungsleiterin. Um den Anteil des Durchgangsverkehrs am gesamten Fahrzeugaufkommen bestimmen zu können, haben Mitarbeiter eines beauftragten Unternehmens die Kennzeichen einfahrender Autos

erfasst und mit jenen der Fahrzeuge verglichen, die das Gebiet wieder verlassen. Diese Zählung solle als Grundlage für weitere Schritte dienen, so Stolte-Neumann.

Die Bezirksvertreter haktten mehrfach nach, wünschten endlich Einblick in die Ergebnisse. Stolte-Neumann vertröstete: „Wir mussten leider ein paar Fehler korrigieren. Bis zu den Sommerferien werden die Zahlen aber vorliegen.“ Friederike Haniel (CDU), die mit ihrer Fraktion den Antrag in das Stadtteilparlament eingebracht hatte, bleibt skeptisch: „Das Amt lässt sich hier viel zu viel Zeit. Zählungen und Konzept beziehen sich zudem auf einen sehr eingeschränkten Bereich.“ Die Grünen setzen auf enge Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Sie ergänzten den Antrag um einen Arbeitskreis, der dem Konzept vorausgehen und eine breite Beteiligung sicherstellen soll.